WP-01-K3-589

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Nach Zeile 589 einfügen:
Wir verhindern, dass Geflüchtete über Sanktionsandrohung zu prekär vergüteter Arbeiten gezwungen werden können. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, dass Geflüchtete einfachen und unbürokratischen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

Begründung

Im letzten Jahr wurde viel über Arbeitspflichten für Geflüchtete in Sammelunterkünften gesprochen. Das ist eine absurde Debatte, die verallgemeinernd zu Unrecht suggeriert, dass Geflüchtete per se arbeitsunwillig seien. Einigerorts werden Geflüchtete aber bereits auf Basis dieser populistischen Argumente zu prekären Bedingungen mit einer stündlichen Bezahlung in Centbeträgen zur Arbeit gezwungen (https://kommunal.de/landrat-setzt-arbeitspflicht-fuer-asylbewerber-um-gesetz-grundlage).
Das ist menschenverachtend und gleichzeitig absurd, denn vielen Geflüchteten wird durch Arbeitsverbote nicht einmal erlaubt, eine sozialversicherungspflichtige Arbeit anzunehmen. Gleichzeitig haben sie weniger (flexibel) Zeit für Integrations- und Sprachkurse.
Auch für die Gemeinschaft vor Ort ist die beschriebene Praxis sehr problematisch. Für die Kommunalverwaltung bedeutet sie einen immensen Verwaltungsaufwand. Zusätzlich fördert sie Lohndumping, da Geflüchtete zu einem winzigen Bruchteil des Mindestlohns ihre Arbeit verrichten müssen. Dies erleichtert es auch Unternehmen und anderen sehr geringe Löhne festzusetzen.

Schon jetzt gehen die Forderungen dazu über den Arbeitszwang auf weitere Personengruppen auszuweiten. Vereinzelt gibt es Forderungen, dass Menschen im Bürgergeldbezug zur Arbeit für 80 Cent die Stunde verpflichtet werden. Dieser Debatte müssen wir einen Riegel vorschieben.

weitere Antragsteller*innen

Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Elisabeth Özge (KV Delmenhorst); Konstantin Mallach (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Michael Lühmann (KV Göttingen); Ezra Rudolph (KV Göttingen); Lea Fischer (KV Göttingen); Kerstin Sennekamp (KV Göttingen); Marie Wilp (KV Northeim/Einbeck); Simone Stolzenbach (KV Göttingen); Michel Willgerodt (KV Goslar); Dirk-Claas Ulrich (KV Göttingen); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Merle Spellerberg (KV Dresden); Julian Arends (KV Göttingen); Carola Croll (KV Göttingen); Karsten Beinhorn (KV Göttingen); Elena Futter-Buck (KV Göttingen); Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg); Thomas de Klein (KV Göttingen); sowie 41 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.